

Kantonale Wahlen – und kaum einer geht hin

Politik Berechnet man statt der klassischen Wahlbeteiligung den Anteil der Wählenden zur Gesamtbevölkerung, kommt man auf bedenklich tiefe Zahlen. In zwei Gemeinden haben sich weniger als zehn Prozent der Einwohner an den Kantonsratswahlen beteiligt.

Jakob Bächtold

Die Schweiz – Musterland der Demokratie – ist in Sachen Wahlbeteiligung ein Sorgenkind. Bei den Kommunalwahlen in der Türkei lag die Beteiligung letzte Woche bei 84 Prozent, bei den Parlamentswahlen in Spanien gingen Ende April 75 Prozent an die Urnen. Sogar an der ungeliebten EU-Wahl in zwei Wochen ist eine Wahlbeteiligung von über 40 Prozent prognostiziert.

An den kantonalen Wahlen in Zürich hingegen lag die Wahlbeteiligung nur bei 33,5 Prozent. Hierzulande ist man sich solch tiefe Werte längst gewohnt. Die gängige Erklärung: Wer so viel über Sachgeschäfte abstimmen kann wie die Schweizerinnen und Schweizer, hat automatisch weniger Interesse an Parlamentswahlen. Die kantonalen Wahlen sind dabei besonders unbeliebt. An den Nationalratswahlen liegt die Wahlbeteiligung jeweils 10 bis 15 Prozent höher (siehe Grafik rechts).

«Nicht das Ende der Demokratie»

Sarah Bütikofer, Politikwissenschaftlerin an der Universität Zürich, sieht diese Entwicklung nicht so dramatisch: «Eine tiefe Wahlbeteiligung bei einer kantonalen Wahl bedeutet nicht gleich das Ende der Demokratie.» Das Total der politisch Partizipierenden in der Schweiz liege eigentlich höher, als die tiefen Wahlbeteiligungen vermuten lassen. «Es sind nicht die immer gleichen Personen, die jeweils zur Urne schreiten», sagt Bütikofer. Das teilnehmende Volk setze sich je nach Wahl oder Abstimmungsvorlage anders zusammen.

«Es ist auch nicht so, dass die Nichtwählenden alle von der Politik völlig abgelöscht wären.»

Nichtwählen könne auch eine passive Zufriedenheit mit dem System ausdrücken.

Setzt man die Zahl der Wählenden ins Verhältnis zur gesamten Einwohnerzahl, kommt man jedoch auf bedenklich tiefe Werte. Nur 20,1 Prozent der Gesamtbevölkerung haben sich an der Kantonsratswahl im März beteiligt (siehe Kuchengrafiken).

Auffallend ist, wie verschieden die Beteiligungszahlen in den einzelnen Wahlkreisen sind. In der Agglomerationsgemeinde

Opfikon liegt die Beteiligung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mit 9,1 Prozent viermal tiefer als in der Landgemeinde Dägerlen, Spitzenreiter mit 36,3 Prozent.

Je nach Zusammensetzung der Bevölkerung

Diese grossen Unterschiede erklärt Bütikofer mit der Bevölkerungszusammensetzung. Soziale Integration am Wohnort, Bildungsniveau, sozioökonomischer Status, Mobilität der Bevölke-

rung: Alle Faktoren beeinflussen die Wahlbeteiligung. «In kleineren Gemeinden auf dem Land mit einer eher traditionellen Bevölkerungsstruktur und etablierten lokalen Parteien liegt die Wahlbeteiligung entsprechend höher, genauso wie dort, wo eher urbane, sehr gut ausgebildete Bevölkerungsschichten wohnen.»

Beispiele für urbane Wahlkreise mit relativ hoher Beteiligung sind entsprechend die Zürcher Stadtkreise 7 und 8 oder in Winterthur die Quartiere Veltheim

und Altstadt. In Stadtquartieren wie Zürich 12 oder 10 wie auch in Winterthur-Töss liegt die Beteiligung hingegen ähnlich tief wie in den Agglomerationsgemeinden Opfikon und Schlieren. Dort wählten im März weniger als zehn Prozent der Bevölkerung.

Nur ein Teil ist wirklich interessiert

Dass die Wahlbeteiligung mit einer Ausweitung des Wahlrechts auf Jugendliche sowie Ausländerinnen und Ausländer deutlich

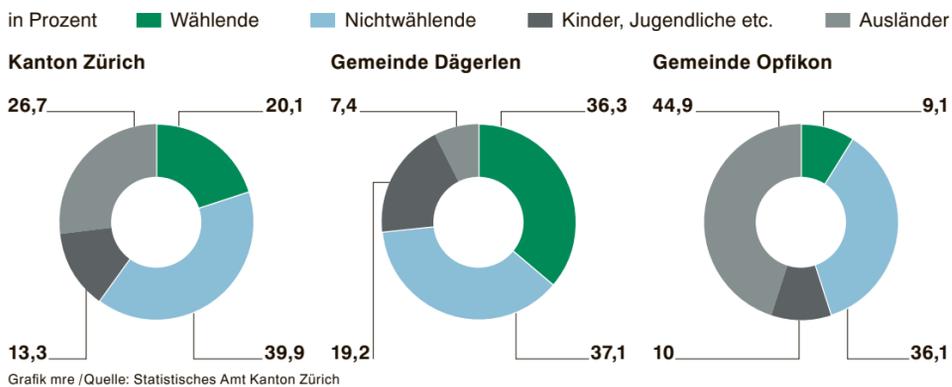
steigt (siehe Interview unten), bezweifelt Politologin Bütikofer. Damit könne man zwar den Anteil der Wahlberechtigten erhöhen: «Grundsätzlich löst aber weder die eine noch die andere Massnahme das Problem, dass Politik eben nur einen bestimmten Teil der Bevölkerung wirklich interessiert.»

Wie hoch liegt die Beteiligung in Ihrem Wahlkreis? Eine interaktive Karte und weitere Grafiken finden Sie auf unserer Website.

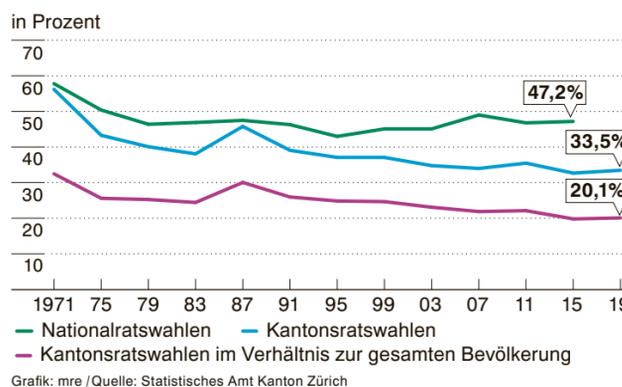


In Dägerlen ist die Demokratie breit abgestützt: 36,3 Prozent der Bevölkerung machten bei den letzten Wahlen mit. In Opfikon waren es nur 9,1 Prozent. Fotos: Marc Dahinden, Michael Caplazi

Wahlbeteiligung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung bei den Kantonsratswahlen 2019



Entwicklung Wahlbeteiligung im Kanton Zürich



Nachgefragt

«Die Tür für das Ausländerstimmrecht steht bei mir offen»

Frau Fehr, an den kantonalen Wahlen 2019 hat sich nur ein Fünftel der Einwohnerinnen und Einwohner beteiligt. Hat die Demokratie im Kanton Zürich ein Problem?

Eine so tiefe Beteiligung ist sicher nicht zufriedenstellend. Die Behördenmitglieder sollten ja als Vertreterinnen und Vertreter aller Menschen im Kanton legitimiert sein.

In Gemeinden mit hohem Ausländeranteil wie etwa in Opfikon waren weniger als 10 Prozent der Einwohner an der Wahl beteiligt. Ist die Legitimation, die Sie ansprechen, da überhaupt noch gegeben?

Diese Zahl zeigt, wie stark sich die Zusammensetzung unserer Bevölkerung geändert hat. Und sie zeigt, dass wir über das Wahlrecht immer wieder nachdenken müssen. Früher durften nur Männer mit Grundbesitz abstimmen, dann wurde das Wahlrecht angepasst, später kamen auch die Frauen dazu. Jetzt – da sogar die SVP Ausländer für Parteiposten wählt – ist es an der Zeit, dass weitere Bevölkerungskreise das Stimmrecht erhalten. Einerseits



«Neben dem Steuerwettbewerb könnte ein Demokratiewettbewerb unter den Gemeinden entstehen.»

Jacqueline Fehr (SP)
Justizdirektorin des Kantons Zürich

die Jungen, andererseits die Menschen, die einen ausländischen Pass besitzen, hier aber ihren Lebensmittelpunkt haben.

Eine Initiative für ein Ausländerstimmrecht ist im Kanton Zürich 2013 deutlich abgelehnt worden. Hat die Forderung jetzt eine Chance?

Ja, das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene hat inzwischen eine Chance – auch bei der Bevölkerung. Auch eine Studie des liberalen Thinktanks Avenir Suisse fordert es unterdessen klar. Über ein Viertel der Menschen im Kanton Zürich haben einen ausländischen Pass. In der Bevölkerungsgruppe der 30- bis 39-Jährigen sind es in der Stadt Zürich sogar 50 Prozent. Diese Leute leisten extrem viel für unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Darum ist es wichtig, dass sie auch mitbestimmen dürfen. Dabei kann ich mir vorstellen, dass jede Gemeinde selbst über das Ausländerstimmrecht entscheiden kann. Das wäre eine gute Form der Gemeindeautonomie: Neben dem Steuerwettbewerb würde ein Demokratiewettbewerb entstehen.

Und auf kantonomer Ebene?

In der katholischen und reformierten Kirche im Kanton gibt es das Ausländerstimmrecht seit 2009. Das hat kein Erdbeben ausgelöst, das funktioniert problemlos. Acht andere Kantone haben das Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene bereits eingeführt und machen gute Erfahrungen. Das schafft Vertrauen.

Planen Sie einen Vorstoss?

Das Thema wird in dieser Legislatur wichtig werden. Die fortschrittlichen Kräfte im Kantonsrat sind gestärkt. Der Impuls muss aber vom Gesetzgeber kommen, also aus dem Parlament. Meine Aussage ist: Die Tür steht bei mir offen, ich werde mich in der Regierung sehr für dieses Anliegen einsetzen.

Zu den Jugendlichen: Ein Vorstoss für Stimmrechtsalter 16 ist bereits hängig. Wird er auch angenommen?

Im neu zusammengesetzten Kantonsrat hat dieser Vorstoss der GLP Mehrheitspotenzial. Das freut mich sehr. Im Wahlkampf war ich an vielen Schulen. Viele Jugendliche sowie Lehrerinnen

und Lehrer sagen: Im Alter, in dem die Schülerinnen und Schüler noch nicht abstimmen können, ist der Staatskundeunterricht wie eine Trockenübung. Erst wenn sie selbst wahlberechtigt sind, löst der Unterricht auch wirklich etwas aus. Die Klimademos zeigen, wie kompetent die Jugendlichen mitdiskutieren können. Das Stimmrecht für Jüngere ist ein Gebot der Stunde. Es ist wie beim Velofahren: Wenn man es in jungen Jahren lernt, kann man es ein Leben lang.

Eine Studie aus der Stadt Zürich zeigt, dass die Wahlbeteiligung bei den Jugendlichen zwar steigt, aber auf tiefem Niveau. Würde das Stimmrecht ab 16 überhaupt etwas bringen?

Es verhindert zumindest, dass die Wahlbeteiligung weiter abnimmt. Das Durchschnittsalter der Wählenden steigt jedes Jahr um etwa vier Monate an. Damit verschiebt sich die Macht mehr und mehr zu den Älteren, und wir werden zu einer Gerontokratie. Die Demokratie muss aber auch mit weiteren Massnahmen gestärkt werden: mit besserer Information und einfacheren Zu-

gängen. Da sind wir dran und überarbeiten die Wahlinformationen für die Nationalratswahlen im Herbst, damit sie noch verständlicher werden. Darüber hinaus bietet auch die Digitalisierung neue Möglichkeiten. Bereits jetzt spielt die Vernetzung im Internet eine wichtige Rolle in der Demokratie.

Werden bei den nächsten kantonalen Wahlen im Jahr 2023 die 16-Jährigen mitwählen? Ja, das ist mein festes Ziel.

Die Ausländerinnen und Ausländer hingegen nicht?

Da wäre ich nicht so skeptisch. Unsere Gesellschaft hat sich gewandelt. Leute mit ausländischem Pass bestimmen in der Wirtschaft mit, im Bildungssystem, führen Unternehmen und Hochschulen. Aber wenn es in der Gemeinde um eine Tagesschule oder eine Strassensanierung geht, haben sie nichts zu sagen, obwohl sie mitzahlen. Das macht doch keinen Sinn. Ob es reicht bis 2023, ist offen, aber die Entwicklung geht klar in diese Richtung.

Interview: Jakob Bächtold